



Solidarität

Organ des Verbandes der graphischen Hilfsarbeiter und -arbeiterinnen Deutschlands.

Erscheint wöchentlich Sonnabends. Bezugspreis monatlich 0,30 Goldmark ohne die Bestellgebühr. - Anzeigen: die 3 gespaltene Petitzeile 0,50 Goldmark, Todes- und Veramlungsanzeigen die Zeile 0,10 Goldmark - Sämtliche Postanstalten nehmen Abonnements an. Nur Postbezug zulässig.

Nachtrag zum Reichs-Hilfsarbeiterarif vom 22. Dezember 1922.

Abschlossen am 16. Februar 1924.

Die folgenden Paragraphen werden wie nachstehend geändert:

1. § 1 Ziffer 1. Der Tarifvertrag gilt für alle in Buch- und Zeitungsdruckereien sowie in Buchdruckerabteilungen auch anderer Unternehmungen Deutschlands beschäftigten Hilfsarbeiter und Hilfsarbeiterinnen, soweit für diese nicht andere Tarife bindend sind.

Unter den Begriff Hilfsarbeiter und Hilfsarbeiterinnen im Sinne dieses Tarifvertrages fallen alle im technischen Betriebe der Buch- und Zeitungsdruckereien sowie Buchdruckerabteilungen überwiegend beschäftigten Personen, welche die in diesen Betrieben ausgeübten Berufe nicht ordnungsgemäß erlernt haben und eine mindestens einjährige ununterbrochene Berufstätigkeit nachweisen können.

2. § 4. Entlohnung und Lohnzahlung. Der Tariflohn beträgt wöchentlich:

a) für männliche Hilfsarbeiter im Alter von 17-19 Jahren 75 Proz. des für neu-ausgelernte Gehilfen festgesetzten Tariflohnes, im Alter von 19-21 Jahren 75 Proz. der Klasse A, im Alter von 21-24 Jahren 75 Proz. der Klasse B, im Alter von mehr als 24 Jahren 80 Proz. der Klasse C des im Lohnarif des Deutschen Buchdruckerarif für verheiratete und ledige Gehilfen jeweilig festgesetzten Tariflohnes;

b) für geübte Anlegerinnen im Alter von 17-19 Jahren 55 Proz. der Klasse A, im Alter von 19-21 Jahren 55 Proz. der Klasse B, im Alter von mehr als 21 Jahren 55 Proz. der Klasse C des im Lohnarif des Deutschen Buchdruckerarif für ledige Gehilfen jeweilig festgesetzten Tariflohnes;

c) für die übrigen Hilfsarbeiterinnen im Alter von 17-19 Jahren 45 Proz. der Klasse A, im Alter von 19-21 Jahren 45 Proz. der Klasse B, im Alter von mehr als 21 Jahren 45 Proz. der Klasse C des im Lohnarif des Deutschen Buchdruckerarif für ledige Gehilfen jeweilig festgesetzten Tariflohnes.

d) In den Städten Berlin, Dresden, Frankfurt a. M., Hamburg, Hannover, Köln, Leipzig, München und Stuttgart erheben sich alle diese Prozentsätze um 5 Proz. des entsprechenden Gehilfenlohnes.

3. § 4 Ziffer 5. In Orten bis einschließlich 10 Proz. Ortszuschlag, in denen nicht mehr als 22 Hilfsarbeiter beschäftigt sind, erfolgt ein Abschlag von 10 Proz. des Tariflohnes.

4. § 9 Ziffer 2. Die regelmäßige Kündigungsfrist ist eine einwöchige. Die Kündigung ist nur an Lohnzahlungstagen zulässig.

5. § 9 Ziffer 3. Die Kündigung hat an regelmäßigen Zahlungstagen zu geschehen. Erfolgt sie aus irgendeiner Veranlassung an einem anderen Werttage, so beginnt die Kündigungsfrist erst am darauffolgenden Lohnzahlungstagen. Fällt der Lohnzahlungstag auf einen Feiertag, so gilt der vorhergehende Arbeitstag.

6. § 10 Ziffer 5. Zu gewähren sind:

a) bei einer Beschäftigung von 9 Monaten im Betriebe 4 Arbeitstage,

b) für jedes weitere Beschäftigungsjahr im Betriebe je einen Arbeitstag mehr; jedoch in Orten bis zu 25 000 Einwohnern nur 4 Arbeitstage, in Orten von 25 000 bis zu 150 000 Einwohnern bis zu 6 Arbeitstagen, in Orten über 150 000 Einwohner bis zu 9 Arbeitstagen; in Berlin, Dresden, Frankfurt a. M., Hamburg, Köln, Leipzig, München und Stuttgart bis zu zehn Arbeitstagen.

7. § 21 Ziffer 1. Die in diesem Nachtrag verzeichneten Änderungen treten mit dem 16. Februar 1924 in Kraft. Der Tarifvertrag läuft bis zum 31. Mai 1924. Wird er nicht 4 Wochen vor Ablauf schriftlich getündigt, so läuft er stets mit der gleichen Kündigungsfrist auf 3 Monate weiter.

Arbeitszeitabkommen.

Die wöchentliche tarifliche Arbeitszeit beträgt 48 Stunden. Je nach der Eigenart oder den wirtschaftlichen Bedürfnissen des Betriebes können für Betriebe oder einzelne Betriebsabteilungen vom Arbeitgeber Nachdruck bis zur Höchstbauer von wöchentlich 53 Stunden angeordnet werden.

Für die hiernach über 48 Stunden wöchentlich hinaus bis zur Höchstbauer von wöchentlich 53 Stunden geleisteten Mehrstunden ist für jede Stunde der 48. Teil des Wochenlohnes zu zahlen. Für darüber hinausgehende Arbeitszeit ist außerdem der tarifliche Ueberstundenzuschlag zu zahlen.*)

Diese Regelung tritt am 16. Februar 1924 in Kraft und gilt bis zum 31. Mai 1924.

Berlin, den 16. Februar 1924.

Deutscher Buchdruckerverein (E. V.).

ges. H. Senemann, ges. Werthold Sturm, Verband der graphischen Hilfsarbeiter und -arbeiterinnen Deutschlands.

ges. E. Bucher, ges. Ernst Horne.

Graphischer Zentralverband.

ges. Erich Grimm.

*) Es besteht Einverständnis zwischen den Parteien, daß als Ueberarbeit im Sinne des § 8 Ziffer 2 nach Abschluß des Arbeitszeitabkommens vom 16. Februar 1924 anzusehen ist, die über die im Rahmen der Vereinbarung für den Betrieb oder die Betriebsabteilung allgemein angeordnete Mehrarbeit hinausgehende Arbeitszeit.

Der Reichs-Hilfsarbeiterarif verlängert.

Nach zweimaligen ergebnislosen Vorverhandlungen und verschiedenen Besprechungen traten die Parteien am 12. Februar erneut zusammen, um sich über die Verlängerung des Hilfsarbeiterarif schlüssig zu werden. Die Bedingungen der Prinzipale waren wie immer sehr bescheiden. Sie wollten für die Orte unter 50 000 Einwohner überhaupt keinen Tarif, wenn in den Betrieben dieser Orte weniger als 10 Hilfsarbeiter beschäftigt sind. Ihre Begründung ist an dieser Stelle schon wiedergegeben worden und wurde auch in der Verhandlung am 12. Februar unverändert zum Ausdruck gebracht. Da bei ihnen, wie sie sagten, kein Bedürfnis für einen Hilfsarbeiterarif besteht, wollten sie auch keine vertragliche Bindung. Ein Widerstand gegen den Tarif war ja immer in diesen Orten vorhanden, während der dreijährigen Tarifdauer sollten sich diese Widerstände nach dem Ausdruck eines Prinzipals noch vermehrt haben. Die Unternehmer machten auch von vornherein darauf aufmerksam, daß die in § 4 festgelegte Entlohnung sich wesentliche Abstriche gefallen lassen müßte.

Unsere Vertreter wußten schon vorher, um was es geht. Waren doch schon in den Besprechungen mit dem Vorstand des DBV. von den Unternehmern diese Forderungen aufgestellt worden. Die Unternehmer hatten sogar angenommen, daß unsere Verhandler auf die Ausschaltung des Tarifes in den Orten unter 50 000 Einwohnern einzugehen gewillt waren und darum Besprechungen gewünscht. Das war natürlich ein Mißverständnis. Bei einem Reichsarif kam es solche Ausnahmen nicht geben. Selbst der Schlichter hatte diese Auffassung, durch die Ausschließung dieser Orte wäre es kein Reichsarif mehr. Außerdem würden für die Hilfsarbeiter dann nur etwa 80 Städte als Tariforte in Betracht kommen. Mehr Städte über 50 000 Einwohner gibt es nämlich in Deutschland nicht.

Neben diesen Forderungen verlangten die Prinzipale noch eine Herabsetzung der Ferienzeit und eine Aenderung im § 1 über die Begriffsbestimmung des Hilfsarbeiters. Ueber diese Punkte war schon eher eine Verständigung möglich. Die alte Fassung im § 1, daß unter den Begriff Hilfsarbeiter alle im technischen Betriebe der Buch- und Zeitungsdruckereien... „ganz oder teilweise“ beschäftigten Personen fallen, war gerade keine glückliche. Hierbei konnte schon eher ein Einigenkommen in Aussicht gestellt werden und daß an der Ferienfrage der Tarif nicht scheitern würde, ist verständlich.

Die Vorschläge der Unternehmer über die Lohnfestsetzungen mußten schärfste Zurückweisung von Hilfsarbeiterseite finden, wenn auch ihre ursprüngliche Form schon um vieles gemildert war. Sie wollten nur in Orten über eine halbe Million Einwohner die alten Lohnsätze weiter bestehen lassen, in allen anderen Städten aber abbauen. Und zwar boten sie 75 Proz. der entsprechenden Gehilfenlöhne für Hilfsarbeiter über 17 bis 24 Jahren und 80 Proz. für Hilfsarbeiter über 24 Jahre. Anlegerinnen sollten zuerst sogar nur 50 Proz. und Hilfsarbeiterinnen 40 Proz. des

Hilfsarbeiterlohnes erhalten. Von den Hilfsarbeiterlöhnen wird nun schon seit Monaten abgebaut, bald werden wir an der untersten Grenze angelangt sein. Nicht allein durch Senkung der Gehilfenlöhne, die sich entsprechend auf die Entlohnung des Hilfspersonals auswirkt, auch durch Herabsetzung der Prozentätze wird der Lohn der Hilfsarbeiter und -arbeiterinnen vermindert. Das soll nach Ansicht der Prinzipale immer so weiter gehen, bis wahrscheinlich die Entlohnung der Vorriezeit hauptsächlich für Hilfsarbeiterinnen in kleinen Provinzorten wieder erreicht ist. Dabei behaupteten die Unternehmer immer wieder, nicht nur wegen des Lohnes bestehe eine große Abneigung gegen den Hilfsarbeiterarif, auch andere tarifliche Bestimmungen seien ihnen hinderlich. Offen heraus gesagt, der Tarif ist den Kleinunternehmern eine unangenehme Bindung, der sie daran hindert, die Hilfsarbeiter nach Herzenslust auszunutzen. Aus den Worten eines ihrer Vertreter war das deutlich herauszuhören. Sie sehen sich nach dem alten, patriarchalischen Verhältnis zurück, da das Hilfspersonal sozusagen zur Familie des Buchdruckerbetriebers gehörte und unsere Kolleginnen neben ihrer Tätigkeit auf der Maschine noch Hausangestellte waren. Den Prinzipalen ist es ein unerträglicher Zustand, daß die Hilfsarbeiterin, sowie sie der Organisation angehöre, dieses und jenes nicht mehr machen wolle. Der Tarif habe zu viel Frustrationen. Der Schlichter konnte jedoch beim besten Willen keine andere Bestimmung als die Entlohnung und schließlich noch die Urlaubsgewährung finden, gegen die sich der Widerstand der Prinzipale richtete. Da unsere Vertreter absolut keine Lust zeigten, die Kolleginnen auf Gnade und Ungnade den menschenfreundlichen Druckereibesitzern auszuliefern, konnte eine Einigung über die Streitpunkte in freier Verhandlung nicht erzielt werden. Das Schiedsgericht mußte gebildet werden. Jede Partei stellte drei Beisitzer. Von unserer Seite nahm neben den beiden Verbandsvorsitzenden auch der Vorsitzende der Gehilfenorganisation, Kollege Seif, an der Beratung im Schiedsgericht teil. Den Vorsitz führte Prof. Dr. Brahn.

Wie schon in der Nr. 7 der „Solidarität“ kurz berichtet werden konnte, kam ohne die Entscheidung des Schlichters über verschiedene Bestimmungen eine Einigung zustande. Bei den Ferienbestimmungen wollte die Prinzipalseite bedeutende Abstriche machen. Auch in dem Buchdruckerarif sind bekanntlich die Ferien gekürzt worden. Diefelbe Anzahl von Ferientagen wollten die Prinzipale dem Hilfspersonal nicht zugestehen; sie verlangten sogar zuerst, die kleinen Orte überhaupt von der Feriengewährung auszuschließen und wollten den Städten über 500 000 Einwohner im Höchstmaß 10 Ferientage bewilligen. Man einigte sich zuletzt auf die Städte Berlin, Dresden, Frankfurt am Main, Hamburg, Köln, Leipzig, München und Stuttgart, in denen das Hilfspersonal bis zu 10 Ferientagen erhalten soll. Die alte Bestimmung aus § 10, daß eine neunmonatige Beschäftigungsdauer im Betriebe ein Anrecht auf Ferien gibt, ist beibehalten worden. Die Höchstdauer der Ferien richtet sich nach der Größe (Einwohnerzahl) des Ortes. Es werden höchstens gewährt in Orten bis zu 25 000 Einwohnern 4 Arbeitstage, bis zu 150 000 Einwohnern 6 Arbeitstage und über 150 000 Einwohner 9 Arbeitstage. Die Berufsferien kommen wie bei den Gehilfen in Fortfall.

Am § 1 wurden die Worte „ganz oder teilweise“ in „ü erwiegen“ abgeändert. Das Arbeitszeitabkommen der Buchdrucker wurde anerkannt, auch der § 9 über die Kündigungsfristen usw. übernommen. Dann kam es zur Besprechung des § 4, der die Entlohnung des Hilfspersonals regelt. Durch den Schiedspruch im November waren schon einmal die Prozentätze reduziert worden. Die Unternehmer bemühten sich, in dieser Richtung weiter zu kommen. Was sie wollen, ist oben schon gesagt worden: eine weitere Herabsetzung der Löhne, für die Kolleginnen sogar um 10 Proz., und außerdem die Orte, die nach der Behauptung der Unternehmer den Hauptwiderstand gegen den Tarif ausüben, von dem Reichsarif ausnehmen. Die Bestimmung in Ziffer 5 des § 4, durch die Orte bis einschließlich 10 Proz. Ortszuschlag einen Abschlag von 10 Proz. der Tariflöhne haben, wenn nicht mehr als 28 Hilfs-

